

liche Augenweide war: ein vollständiges birmanisches Marionettentheater, Schminkmaskenvorlagen für die chinesische Oper oder das indonesische "Wayang" in allen Variationen - selbst Sukarno, Hatta und Nehru waren in "Leder" zu bewundern.

Was den Literatur-Horizonten zumindest ansatzweise gelang, war sonst auf dem Kulturfestival zu vermischen: Wo blieb die politische Kultur? Wo war das offizielle Diskussionsforum darüber, warum das Wort "Kulturrevolution" in China heute zur "Geschichte" gehört? Wo konnte man über das totalitäre Regime des Muster-Schwellenlands Südkorea und wo über das zwanzigjährige Bestehen von Suhartos Militärdiktatur diskutieren?

Auf den offiziellen Horizonten war dies nicht vorgesehen. Und die Hierarchie der Welt blieb so wie sie zu sein hat: 500.000 DM Gage für das Kabuki-Theater aus Japan, 15 DM für die aus bäuerlichem Milieu stammenden balinesischen Legong-Tänzerinnen? Ist es wirklich wahr?

Die politische Lücke hatten die Solidaritätsgruppen zu füllen - unterstützt von der "Alternativen Liste" mit immerhin ein paar tausend Mark. "Damit 'Horizonte' einen Horizont bekommt", schrieben die Südostasiengruppen auf ihr Programm und organisierten im Bildungs- und Aktionszentrum Dritte Welt (BAZ) Zusatzveranstaltungen zu den Ländern Thailand, Vietnam, Indonesien, Philippinen.

Menschenrechte, Frauenproblematik, regionale Konflikte standen beispielsweise bei den insgesamt fünf Indonesien-Veranstaltungen auf dem Programm, deren absoluter Höhepunkt übrigens auch - ein kultureller war: Aus Amsterdam extra angereist, tanzte und sang eine Gruppe aus West-Papua die Probleme ihres Volkes in das Publikum hinein. Bis tief in die Nacht ließ die Diskussion über die Ausbeutung West-Papuas durch die indonesische Zentralregierung die Veranstaltung dauern, nachdem zuvor die Auseinandersetzung um die desolote politische Opposition gegen die Militärdiktatur die Gemüter schon erhitzt hatte. Unmut über die Lethargie der eigenen Landsleute in Europa ließ ein engagierter Indonesier deutlich spüren. Die Adressaten waren natürlich nicht da. Wer diese Vorwürfe auf keinen Fall auf sich sitzen zu lassen brauchte, war die indonesische Frauengruppe "Suara Wanita" (vgl. Interview), die ihrer gelungenen Veranstaltung im April auf den "Alternativ-Horizonten" nun eine zweite folgen ließ.

Leider platzte auch das "BAZ" zumeist nicht wegen Überfüllung - ganz im Gegenteil zu den Theater- und Tanzveranstaltungen der "offiziellen" Horizonte. Aber die politischen Verhältnisse in Südostasien sind eben wirklich nicht besonders exotisch!

Erika Jung

## PROSTITUTIONSTOURISMUS UND MENSCHENHANDEL MIT FRAUEN UND MÄDCHEN AUS DER DRITTEN WELT

Als Antwort auf die Kleine Anfrage der Grünen (Deutscher Bundestag 10. Wahlperiode, Drucksache 10/1498 vgl. Soa - Informationen 0/1984, S. 6) vom Mai 1984 hatte sich die Bundesregierung aufgrund mangelnder Kenntnisse in Schweigen gehüllt. So wußte sie weder zu berichten, wieviel deutsche Touristen und Geschäftsleute von der Prostitution in Südostasien Gebrauch machen, noch lagen ihr gesicherte Erkenntnisse oder Schätzungen über die Zahl der in der BRD als Prostituierte tätigen Asiatinnen bzw. die Anzahl der illegal Eingereisten vor. Unter Bezug auf das Ordnungsgesetz (bei Prostitutionswerbung), das Strafgesetz im Falle des Menschenhandels und das Gewerberecht um gegen 'unzuverlässige' Ehevermittler vorzugehen, sah die Bundesregierung keinen weiteren gesetzlichen Regelungsbedarf vor.

"Die Bundesregierung geht davon aus, daß die mit der Anwendung dieser angeführten Gesetze betrauten Stellen gegen etwaige Verstöße einschreiten. Soweit es allerdings um Fragen des guten Anstandes geht, wird sich mit gesetzlichen Mitteln wenig bewegen lassen."

Ob sich die Bundesregierung allerdings bei der von der SPD im November 1984 eingeleiteten Großen Anfrage so ohne weiteres wird aus der Affäre ziehen können, bleibt abzuwarten.

So wird sie sich bspw. dazu stellen müssen, wieso sie bislang das UN-Übereinkommen zur "Beseitigung des Menschenhandels und Ausbeutung von Prostitution anderer" von 1949 noch nicht ratifiziert hat.

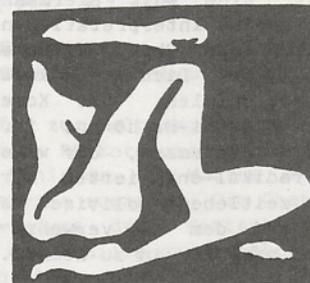
Insgesamt zeichnet sich die Große Anfrage durch eine stärkere Präzision der Fragestellungen aus, die vor allem Bewertungen des Tatbestandes von Menschenhandel und Prostitution und Stellungnahmen zu konkreten Schritten und Maßnahmen zum Inhalt haben.

Der Fragekomplex ist in drei Bereiche untergliedert.

Der erste behandelt Fragen zum Prostitutionstourismus. Über die Auslandsvertretungen wird die Bundesregierung aufgefordert, Informationen über die Auswirkungen des Prostitutionstourismus auf die betroffenen Länder und v.a. die Chancen der Frauen und Kinder in den Gesellschaften zu ermitteln und Folgerungen daraus zu ziehen. Ebenso soll sichergestellt werden, daß keine Staatlichen Fördermittel Unternehmen zufließen "deren Geschäftspraktiken auf Werbung, Organisation oder Durchführung von Prostitutionstourismus hinweisen." Zu möglichen Maßnahmen gegenüber diesen 'unseriösen' Geschäftsmachern ob auf dem Rechtswege, durch direktes Einwirken auf die Unternehmen oder durch die Auslandsvertretungen, hat sie Stellung zu be-

ziehen. Der zweite Komplex behandelt die "entwürdigenden Vermittlungspraktiken durch sogenannte Heiratsinstitute".

Die Bundesregierung hat sich zu den Geschäftspraktiken der Heiratsinstitute wie 'Katalogwahl', 'Heiratsgarantie', 'Probe- und Rückgabeberechte' und den rassistisch-sexistischen Werbe- und Kontaktanzeigen solcher Geschäftsmacher zu stellen. Schritte auf verschiedenen Ebenen, um solchen Agenten entgegenzutreten, lägen zum einen im rechtlichen Bereich etwa durch die Verschärfung des Gewerberechts oder in rechtlichen Änderungen, die dazu geeignet sind unmittelbar die Mädchen und Frauen vor Erpressung und Nötigung, mit dem Ziel sie in Bordelle o.ä. abzudrängen, zu schützen.



Eine veränderte Informationspolitik über die realen Lebensverhältnisse dieser Frauen in der BRD und über die Geschäftspraktiken sog. Heiratsvermittlungsinstitute in den Ursprungsländern selbst, sowie Hinweise für bereits 'vermittelte' Frauen auf Beratungs- und Hilfeleistungen in der BRD, einschließlich zugänglicher Rechtshilfe, wäre wesentliche Aufgabe der Bundesregierung.

Zum Bereich internationaler Frauen- und Mädchenhandel wird die Bundesregierung dazu befragt, welche Möglichkeiten die Bundesregierung nutzt, Kenntnisse über Formen und Ausmaß des internationalen Menschenhandels zu gewinnen und welche Schritte sie unternimmt, um dieses Vorgehen zu unterbinden und ggf. Schritte gegen die Verantwortlichen einzuleiten, national wie international. Interessant wäre zu erfahren, welche Position die BRD in der Kommission der EG eingenommen hat bzw. welche Informationen sie weitergegeben hat, um dem Auftrag des Europäischen Parlaments nachzukommen, "eine systematische Untersuchung der Zuhälterei und des Menschenhandels zu Prostitutionszwecken durchzuführen und eine Studie über die Harmonisierung der Bekämpfung dieser Praktiken in und zwischen den Mitgliedstaaten anzufertigen" (Entschließung des Europäischen Parlaments zur Stellung der Frau und der EG vom 11.02.1981)

Susanne Wycisk